

Pressemitteilung

DKG zur Überarbeitung des Klinik-Atlas

Lauterbach gesteht Scheitern seines „TransparenzAtlas“ ein

Berlin, 19. Juni 2024 – Zur von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigten Überarbeitung des Klinik-Atlas erklärt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Gerald Gaß:

„Bundesminister Lauterbach hat nun auch öffentlich eingestanden, dass sein Klinik-Atlas gescheitert ist. Gemessen an den großen Ankündigungen, ‚endlich umfassende Transparenz für die Patienten zu schaffen‘, ist dies nichts weniger als eine Bankrotterklärung. Der Minister möchte nun in seinem Atlas in einem ersten Schritt nur noch die 20 ‚wichtigsten‘ Eingriffe darstellen – von mehr als 20.000 Operationen, die in deutschen Krankenhäusern möglich sind. Wer auf welcher Grundlage festlegt, welche Operationen ‚wichtig‘ sind und welche nicht, bleibt offen. Die Begründung, dass diese Änderungen notwendig seien, weil sein Atlas zu komplex für den Laien sei, ist mehr als erstaunlich. Zielgruppe des Lauterbach-Atlas seien doch immer die Bürgerinnen und Bürger, also Laien gewesen. Wenn man feststellt, dass man dieses zentrale Ziel verfehlt hat, entstehen erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen und methodischen Kompetenz der verantwortlichen Entwickler des Lauterbach-Atlas.“

Wir können diesem Gebaren auf Kosten des Steuerzahlers nur noch kopfschüttelnd zuschauen. Minister Lauterbach hatte seinen Klinik-Atlas mit großem Getöse angekündigt, wider besseres Wissen behauptet, es gäbe bislang keine Transparenz im Krankenhauswesen und keine Suchangebote für die Patientinnen und Patienten. Dabei existieren seit Jahrzehnten entsprechende Online-Angebote wie das Deutsche Krankenhausverzeichnis oder ähnliche Angebote der Krankenkassen. Jedes dieser Angebote ist um Längen besser, als der Bundes-Klinikatlas. Der Minister hat hier eine völlig unzureichende Beta-Version an den Patientinnen und Patienten getestet. Wenn er jetzt behauptet, er würde den Atlas wie in der Softwarebranche üblich erst nach dem Start überarbeiten, verkennt er, dass es hier nicht um Spiele oder ein Office-Paket geht, sondern um eine Suchmaschine, die im Zweifel über die Gesundheit der Patientinnen und Patienten und über die wirtschaftliche Existenz von Krankenhäusern entscheidet. All dies hätte der Minister vermeiden können,

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

wenn er auch diesen Atlas nicht in seiner konfrontativen Art im Alleingang durchgedrückt hätte. Die Krankenhäuser hätten das Verzeichnis gern vor dem Start auf Fehler überprüft.

Wir sind vor diesem Hintergrund erstaunt, mit welchem Selbstbewusstsein der Minister weiter in Sachen Klinik-Atlas auftritt und zum Beispiel die zahllosen Meldungen der Krankenhäuser über nachgewiesene falsche Darstellungen im Atlas als ‚unberechtigt‘ abtut. Minister Lauterbach muss endlich auf die massive Kritik an seinem Atlas eingehen, die ihm mittlerweile aus allen Bereichen des Gesundheitswesens entgegenweht. Es gibt nur einen vernünftigen Schritt zum Schutz der Patientinnen und Patienten: Der Minister muss diesen Klinik-Atlas sofort abschalten und grundsätzlich so überarbeiten und von Fehlern befreien, dass ihn die Patientinnen und Patienten unbesorgt nutzen können. Eine neue Version des Lauterbach-Atlas mit dann nur noch 20 von insgesamt 23.000 Behandlungen dürfte folglich für die meisten Bürgerinnen und Bürger völlig wertlos sein, weil sie die für ihre Erkrankung notwendigen Informationen dort überhaupt nicht finden.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.893 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2022) und rund 22 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 133 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.